

Podiumsdiskussion

2 Jahre nach 2/11/2020. Die Lage des Jihadismus in Österreich und Europa

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung.

Summary erstellt von: Annika Scharnagl

Keywords: Jihadismus, Österreich, Radikalisierung, Operation Luxor, Attentat Wien

Teilnehmer:innen:

Dr. Daniela PISOIU ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip). Sie promovierte an der Universität St. Andrews (UK), Centre for the Study of Terrorism and Political Violence und hat Feldforschung zum Thema Radikalisierung in Österreich, Deutschland und Frankreich betrieben. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin war sie am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und als Gastdozentin an der Universität Wien tätig.

Dr. Thomas Riegler ist Affiliated Researcher am Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies (ACIPSS) und studierte Geschichte und Politikwissenschaften an der Universität Wien und University of Edinburgh (UK). 2022 veröffentlichte er das Buch „Geheime Dienste“ über die österreichischen Nachrichtendienste, 2023 erscheint ein Beitrag im Sammelband zur Luxor-Operation im transcript Verlag.

Mag. Erik Hacker ist Research Fellow bei SCENOR, wo er gewalttätigen Extremismus, Terrorismus und Radikalisierung, insbesondere im Internet recherchiert. Er hat an der Universität Wien und Freien Universität Amsterdam (NL) Abschlüsse in Politikwissenschaft und Law and Politics of International Security erworben. Er erstellte und betreut eine Datenbank zu jihadistischen Anschlägen in Europa.

Datum: 13. April 2023, Podiumsdiskussion

Executive Summary

Fast 2,5 Jahre sind vergangen seit dem Anschlag in Wien im November 2020, mehr denn je beschäftigen uns die Debatten auch heute. Durch die Übersicht der Datenlage zu Jihadismus in Österreich und Europa, durch Hintergrundinformationen zur Operation Luxor und zu Radikalisierungsprozessen wird ein Überblick zur aktuellen Lage des Jihadismus gegeben. Die Expert:innen erwarten in den nächsten Jahren weitere jihadistische Anschläge und ebenso ein Erstarren der rechtsextremen Szene. Gleichzeitig wird unterstrichen, dass der Verfassungsschutz in Österreich den Jihadismus richtig als Hauptbedrohung für das Land eingestuft hat. Aufgrund von politischer Einflussnahme wurden jedoch Verbindungen übersehen und Gefährder, wie im Fall des Attentäters vom 02.11.2020 nicht gestoppt, stattdessen zeigte sich eine Kriminalisierung des politischen Islams im Rahmen der Operation Luxor.

Rückschlüsse zur Zukunft des Jihadismus und Terrorismus in Österreich und Europa:

- Schlüsselfaktoren für einen prognostizierten Anstieg von Anschlägen in Europa sind
 - die **inhaftierten Jihadisten**, die ab 2025 in großer Anzahl aus der Haft entlassen werden,
 - die **IS-KP** (Ableger des Islamischen Staats in Afghanistan), welche zunehmend das Steuerungsorgan für Anschläge in westlichen Staaten darstellt,
 - europaweite Trends wie eine zunehmende **Individualisierung**, einer Zunahme an **psychischen Problemen** sowie eine zunehmende **Entideologisierung** unter den Täter:innen
 - und eine **US-amerikanische Ressourcenverschiebung** weg von Anti-Terror-Politik hin zu geopolitischen Interessen.
- Eine vereinfachte Darstellung von Radikalisierungsprozessen in den Medien und in der Politik bildet die aktuelle Situation nicht adäquat ab, dabei ist besonders wichtig zu erwähnen, dass
 - **Radikalisierungsprozesse nicht graduell verlaufen** und **Gruppenprozesse** sind,
 - **Ideologisierung** erst an einem späteren Punkt im Radikalisierungsprozess auftritt und die **gesellschaftliche Abschottung** auch ein nachgelagertes Phänomen ist und
 - **Gegennarrative** nicht effektiv sind bei Radikalisierten und eine **Anti-Terror-Politik** zur Radikalisierung beitragen kann.
- Die Operation Luxor stellte durch Entscheidungen auf **politischer Ebene** und einer **möglichen Einflussnahme Dritter** den so-genannten politischen Islam (aka Muslimbruderschaft) in den Fokus. Dabei wurde das **Terrorrisiko, welches von der jihadistischen Szene ausgegangen ist, unterschätzt.**

1. Jihadismus: Die aktuelle Lage in Europa und Österreich (Erik Hacker)

Auf Basis der eigens erstellten und betreuten Datenbank zu jihadistischen Anschlägen in Europa gibt Hacker in seinem Vortrag einen Überblick zur aktuellen Situation des Jihadismus in Europa, mit einem besonderen Fokus auf Österreich und zeigt mögliche Entwicklungen der Situation auf.

Für den Zeitraum 2014 bis 2022, verzeichnet Hacker insgesamt 105 jihadistische Anschläge, die 3089 Opfer gefordert haben, davon 405 Tote und 2684 Verletzte. Insgesamt 133 Täter:innen waren verantwortlich für diese Attacken, davon agierten fast 90% alleine, nur circa 10% waren Teil einer Gruppe. Die Verbindung zu Terrororganisationen wie DAESH oder AQAP ergaben, dass von den Einzeltäter:innen 58 eine Verbindung zu DEASH hatten. Hacker ergänzt, dass vor allem bei Einzeltäter:innen in den letzten Jahren ein Trend zu individuellen Handlungen ohne Verbindung zu einer Terrororganisation beobachtet wurde, was sich auch mit dem insgesamten Trend der sogenannten „unabhängigen jihadistischen Bedrohung“ bezeichnen lässt. Bei den Gruppen, zwei bis zehn zusammen agierende Täter:innen, gab es neunmal Verbindungen zu DAESH. Hacker erklärt nach Rückfrage, dass die Zugehörigkeit zu einer Gruppe nur schwer zu bestimmen ist, vor allem im Online-Bereich. Er unterscheidet zwischen Unterstützungsnetzwerken vom Islamischen Staat und al-Qaida und unabhängigen Predigern, welche gegen eine unabhängige Bedrohung kämpfen. In der Datenbank codiert Hacker eine Gruppenzugehörigkeit, wenn die Tat durch eine Organisation reklamiert wurde oder die Behörden eine Zugehörigkeit eindeutig bestätigt haben.

In den letzten Jahren ist zu verzeichnen, dass die Zahl der Anschläge zurückging und die Attacken weniger komplex sind, meistens werden Messerangriffe verzeichnet. Hacker berichtet, dass auch im Online-Bereich im deutsch-sprachigen Raum in den letzten Jahren die Aktivitäten stark zurückgegangen sind. Hackers Erklärungen dafür sind einerseits das fehlende verbindende Motivierungsmoment des Islamischen Staates und andererseits der Rückzug ins Private, der weltweit gesehen werden konnte. Dies stellt sowohl Wissenschaftler:innen als auch Behörden vor Herausforderungen im Umgang mit Jihadismus, da die Bedrohung durchaus weiterhin ernst zu nehmen ist.

Auswirkungen auf die jihadistische Extremismus-Situation in Europa und speziell Österreich werden laut Hacker die folgenden vier Faktoren haben: Inhaftierte Jihadisten, die IS-KP (Ableger des Islamischen Staats in Afghanistan), europaweite Trends und eine US-amerikanische Ressourcenverschiebung.

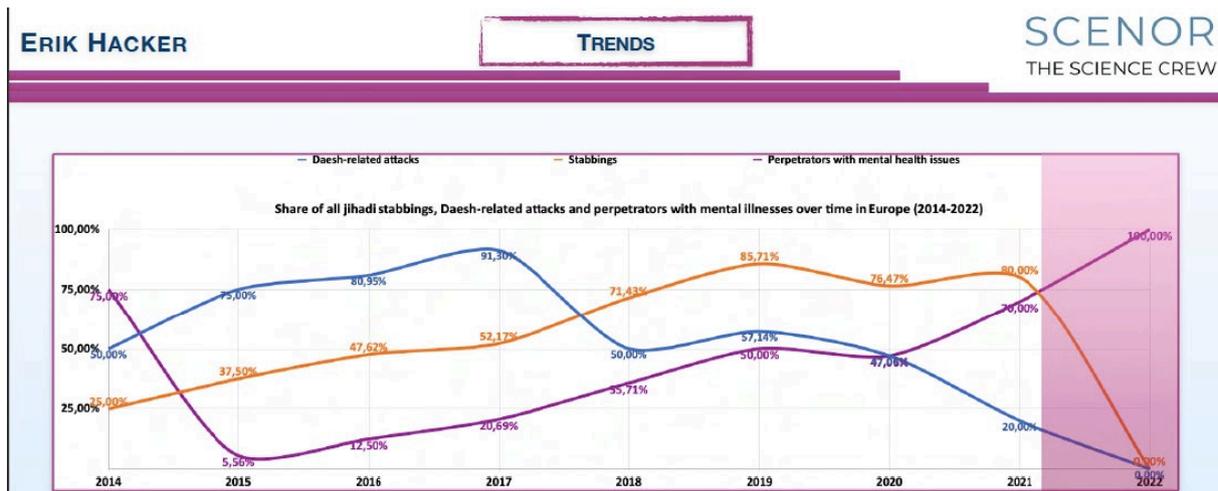
Seit 2011 und nach dem Fall des sogenannten Islamischen Staats sind ehemalige Mitglieder entweder gestorben, sie befinden sich weiterhin im Nahen Osten oder in Afrika oder Afghanistan. Ein weiterer Teil ist jedoch nach Europa zurückgekehrt und befindet sich nach ihrer Verurteilung in Gefängnissen. Das durchschnittliche Urteil der Inhaftierten beträgt fünf bis zehn Jahre, was in einer Studie durch Neumann und Basra (2020) analysiert wurde, insgesamt haben sie die Zahl der Inhaftierten auf 1414 Personen beziffert. Bis 2025 werden nach den Recherchen der Wissenschaftler:innen der Großteil der Inhaftierten freigelassen, was zu einer großen Herausforderung für die Behörden werden wird. Studien schätzen die durchschnittliche Rückfallquote von Terrorist:innen auf 2 – 7 %, wobei Hacker darauf hinweist, dass es keine Einigkeit unter Wissenschaftler:innen bei diesen Zahlen gibt. Bezugnehmend auf die Rückfallquote von Terrorist:innen und das Ende der Haftstrafen, rechnet Hacker in den nächsten Jahren mit 28 Anschlägen. Hacker fügt hinzu, dass aus seiner Datenbank die erhöhte Professionalität von rückfälligen Täter:innen klar wird, ebenso sind diese Anschläge viel tödlicher und werden meistens in Gruppen durchgeführt. Des Weiteren sind die Täter:innen erfahrener im Umgang mit den Sicherheitsbehörden und es gelingt ihnen trotz Überwachung einen Anschlag leichter durchzuführen.

Aus einem Interview vom März 2023 geht hervor, dass Österreich aktuell circa 50-60 Hochrisiko-Gefährder:innen hat, wovon sich die Hälfte in Haft befindet. Pro Gefährder:in sind zur optimalen Überwachung 20 Personen notwendig, was zu einem zu hohen Personalbedarf führt. Laut Hacker müssen systematische Reintegrationsphasen an diesem Punkt ansetzen, um somit die Reintegration der Gefährder:innen in die Gesellschaft zu ermöglichen und um eine Welle an Anschlägen in den nächsten zwei Jahren verhindern zu können.

Das zweite Phänomen des IS-KP ist nicht unbekannt, die dahintersteckende Taktik der Einflussnahme aus dem Ausland in Europa ist spätestens seit den Aktivitäten des Islamischen Staates bekannt. Der regionale Ableger des IS in Afghanistan hat die Rolle der europäischen Einflussnahme übernommen. Seit 2019 gibt es in Deutschland die intensiv mit dem IS-KP in Verbindung stehende Takim Zelle. Im September 2022 wurden zwei Jugendliche verhaftet und angeklagt, wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft im IS und Vorbereitung eines Anschlags in Zusammenarbeit mit dem IS-KP. Dabei geht man davon aus, dass es starke Online-Verbindungen mit dem IS-KP gegeben hat. Ein im Februar 2023 vereitelter Anschlag in der Türkei ist auch auf den IS-KP zurückzuführen. Die weltweite Vernetzung des IS-KP wurde durch die deutsche Staatsanwaltschaft als ein großes Problem bestätigt. Der US-amerikanische Armee-General Michael Kurilla geht davon aus, dass der IS-KP die Fähigkeit hat innerhalb der nächsten sechs Monate eine Attacke in den USA oder in einem anderen westlichen Land durchführen zu können.

Drei große Trends konnten in den letzten fünf Jahren ausgemacht werden: Individualisierung, psychische Probleme und Entideologisierung. Dies bedeutet, dass immer weniger Zugehörigkeit zu Terrornetzwerken wie dem Islamischen Staat oder al-Qaida bei den Terrorist:innen gesehen werden können. Gleichzeitig haben mehr Täter:innen psychische Probleme, wobei Hacker aber vor Generalisierungen warnt, da psychische Krankheiten nicht immer zu Terrorakten führen. Im Zusammenspiel der Trends eins und zwei, bemerkt Hacker, dass die Rolle der Ideologie immer unwichtiger wird. Zur Entideologisierung fügt Hacker auf Nachfrage hinzu, dass es sich um ein Phänomen bei Individuen handelt. Er sieht starke Veränderungen in der Propaganda, waren es früher stundenlange religiöse Predigen sind heutige Terrorist:innen eher interessiert an Bildern mit kurzen religiösen Zitaten oder kurzen Videos. Es geht also weniger darum sich in die Ideologie zu vertiefen, was bei den Einzeltäter:innen in den letzten fünf Jahren gut zu erkennen ist.

Informationen zum Hintergrund der Täter:innen unterscheiden sich deutlich in Hinblick auf Gruppen- oder Einzelakteur:innen. Besonders auffällig ist, dass es bei Gruppentäter:innen keine Vermerke zu psychischen Problemen gibt. Bei sowohl Individual- als auch Gruppentäter:innen spielt der kriminelle Hintergrund eine Rolle. Was bedeutet, dass die Überlegungen zum Nexus zwischen Kriminalität und Terrorismus weiterhin aufrecht erhalten bleiben. Hacker hebt darüber hinaus die Informationen zur Überwachung der Täter:innen hervor. Er zeigt auf, dass nicht jeder Anschlag verhindert werden kann, auch wenn Behörden viel Zeit und Ressourcen in die Prävention dieser investieren. Abschließend verdeutlicht er, dass das Durchschnittsalter zwischen Gruppen- und Individualakteur:innen bei 28 Jahren liegt, Individualtäter:innen sind jedoch durchschnittlich fast drei Jahre jünger und Gruppenakteure fast 1,5 Jahre älter. Nach einer Rückfrage erklärt Hacker näher, was unter psychischen Krankheiten im Kontext von Terrorismus zu verstehen ist. Er verdeutlicht, dass es eine Reihe an psychischen Krankheiten gibt, die bei Terrorist:innen als offizielle Diagnosen bekannt sind, diese reichen von Drogensucht über Depressionen bis zu PTSD. Er unterstreicht erneut, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen psychischen Krankheiten und Terrorismus gibt. Es ist vielmehr das strategische Nutzen dieses Wissens durch Terrororganisationen, um besonders diese Individuen anzusprechen. Es sind dann diese Individuen mit psychischen Problemen, die spontane Angriffe oftmals mit Messern durchführen. Pisiou fügt hinzu, dass es sich hierbei um einen neuen modus operandi handelt, wobei jede Art von Disruption gewünscht ist, somit auch durch psychisch kranke Einzeltäter:innen, die wenig indoktriniert sind.



Bei der näheren Analyse des Rückgangs von jihadistischen Aktivitäten in Europa in den letzten Jahren, bemerkt Hacker, dass seit dem Fall des sogenannten Islamischen Staats 2017 diese Anschläge stark abgenommen haben. Zum gleichen Zeitpunkt steigen jedoch, im Sinne einer perfekten Korrelation, die Anschläge mit Messern und von Menschen mit psychischen Problemen. Zusätzlich erklärt Hacker das Phänomen des Copy-Cat, was die erhöhte Wahrscheinlichkeit für einen Anschlag bedeutet, wenn kurz zuvor bereits ein terroristischer Akt verübt wurde, da es ähnliche oder gleiche Triggerfaktoren für die verschiedenen Akteur:innen gibt. Jihadistische Akteur:innen nutzen in den letzten Jahren immer mehr, in ihren Augen, blasphemische Kommentare als Grundlage für ihre Aktionen. Ebenso ist der Nutzen von Online-Netzwerken nicht zu vergessen, als neue Medien werden besonders TikTok und eigene Übersetzungsnetzwerke genutzt, gleichzeitig wird aber auch auf dezentrale Möglichkeiten der Informationsübermittlung durch File Sharing gesetzt.

Als letzten Faktor in seinen Ausführungen beschreibt Hacker die Verschiebung der Ressourcen besonders im Falle der USA als negativ für die Verhinderung von terroristischen Attacken in Europa. Der sogenannte „War on Terror“ der USA hatte zwar viele negative Auswirkungen, gleichzeitig führte er in Europa jedoch zu weniger Anschlägen. Hacker schließt mit den Worten, dass eine Verschiebung von Ressourcen von Terrorismusbekämpfung hin zu geopolitischen Fragen einen Einfluss auf die Gefahrenlage in Europa haben könnte.

2. Zehn Thesen zu Radikalisierungsprozessen (Dr. Daniela Pisiou)

Pisiou gibt eine Übersicht zu zehn Thesen zu Radikalisierung und räumt dabei mit Stereotypen und Vorurteilen zum Thema auf. Sie unterstützt Hackers Ausführungen in Bezug auf den insgesamten Rückgang des Jihadismus und ergänzt, dass heute bereits von der fünften Welle des Terrorismus, durch

Rechtsextremismus geprägt, gesprochen wird. Gleichzeitig wird jihadistischer Terror in Österreich weiterhin als oberste Bedrohung wahrgenommen. Oftmals wird eine vereinfachte Darstellung von Radikalisierung vor allem in den Medien vorgenommen, was die Situation somit nicht adäquat abbildet.

1. Radikalisierungsprozesse sind nicht spezifisch für Islamist:innen

Radikalisierungsprozesse finden auf der sozio-psychologischen Ebene statt, quer durch Ideologien, Zeit und Raum. Die normative Beurteilung von ‚radikalen‘ Gruppen hängt von der jeweiligen normativen Ordnung ab und kann mit der Zeit variieren. In der Vergangenheit wurden Bewegungen als radikal bezeichnet, die aus unserer heutigen Sicht gut konnotiert sind wie z.B. Menschenrechtsbewegungen.

2. Radikalisierungsprozesse sind graduell

Radikalisierungsprozesse sind ein langwieriger Prozess und dauern meistens mehrere Jahre oder wie man in den Entwicklungen in den letzten Jahren sieht zumindest mehrere Monate. In Hinblick auf Täter:innen mit psychischen Problemen muss dabei jedoch eine Unterscheidung getroffen werden. Pissou erklärt, dass ein Attentat, welches beispielsweise nach einer Beschäftigung mit radikalen Themen innerhalb nur weniger Tage passiert, nicht als Terrorismus gewertet werden kann, da das Verhalten hauptsächlich durch die Krankheit verursacht wird.

3. Radikalisierungsprozesse sind Gruppenprozesse

Fast immer erfolgt die Radikalisierung in einer Gruppe, was jedoch bedeuten kann, dass nicht alle Mitglieder der Gruppe am Anschlag beteiligt sind. Gegenseitige Bestätigung ist essenziell, vor allem wenn es sich tatsächlich um die Planung und Durchführung eines Anschlags handelt.

4. Grundursachen sind verlockend, aber wenig hilfreich

Sogenannte root causes wurden am Anfang der Forschung im Bereich der Radikalisierung als Ursachen und Erklärungen identifiziert. Heute weist die Wissenschaft vermehrt darauf hin, dass es viele Missstände gibt und trotzdem nicht im gleichen Maße Proteste oder Radikalisierung daraus entsteht. Missstände wie mangelnde Bildung sind weder ausreichend noch notwendig als Erklärung für Radikalisierung.

5. Zeitgeist – die Wellen des Terrorismus

Aktuell befinden wir uns in der religiös-motivierten, vierten Welle des Terrorismus. Die Forschung und auch die Politik sprechen bereits von der fünften Welle des Terrorismus, die rechtsextremistisch

bestimmt sein wird. Zeitgeist und auch die gesellschaftliche Lage bestimmen in diesem Zusammenhang über die Manifestierung einer bestimmten Welle.

6. Motivationen bei Radikalisierungsprozessen

Es gibt keine spezielle Motivation für Radikalisierungsprozesse, wie manchmal mangelnde Integration in die Gesellschaft oder der sozio-ökonomische Hintergrund betitelt werden. Abhängig vom Deutungsrahmen dieser Faktoren ergeben sich Muster, die unterschiedlich bewertet werden.

7. Ideologisierung

Die Ideologisierung setzt erst spät im Prozess der Radikalisierung ein. Zentrale Punkte in der Rekrutierung sind alltägliche Themen, für die sich die Personen interessieren, erst später wird vermehrt über Ideologie gesprochen. In diesem graduellen Prozess der Radikalisierung wird eine Komponente nach der nächsten hinzugefügt.

8. Gesellschaftliche Abschottung

Die Abschottung ist ein Ergebnis des Radikalisierungsprozesses, welche erst später auftritt und nicht als Ursache dessen zu bewerten ist. Der Grund hierfür ist die intensive Auseinandersetzung mit nur einer kleinen Gruppe an Menschen und ein restriktiver Konsum von Quellen oder fehlendes Vertrauen in andere Menschen. Dies zeigt sich auch bei Rechts- und Linksterrorismus. Dies sollte nicht mit alternativen Lebensstilen in der Gesellschaft verwechselt werden, die die Merkmale von radikalisierten Gruppen nicht teilen, an sich keine Präkursoren von Radikalisierung sind, und dementsprechend nicht kriminalisiert werden sollten.

9. Entwicklung von Gegennarrativen

Gegennarrative wirken nur bei primärer Prävention, also in Form von Aufklärungskampagnen für alle. Auch im Bereich der Sekundärprävention, also bei Menschen, die schon in Kontakt mit radikalem Gedankengut sind, können diese noch wirken. Bei radikalisierten Menschen funktioniert dies jedoch nicht und stößt nur auf kognitive Dissonanz, was bedeutet, dass dem eigenen Narrativ noch viel mehr Glauben geschenkt wird. Pissou erklärt, dass es für Radikalisierte intensive Reintegrationsmechanismen in Eins-zu-Eins-Settings braucht, um erfolgreich zu sein. Diese sind zwar aufwendig, aber erfolgsversprechend.

10. Radikalisierung durch Anti-Terrorpolitik

Als Co-Radikalisierung werden Maßnahmen im Rahmen der Anti-Terrorpolitik bezeichnet, welche zu erhöhter Radikalisierung führen. Dies können diskriminierende Maßnahmen oder pauschalisierende

Aussagen sein. Durch präzise Formulierung kann dem entgegengewirkt werden. Der Gebrauch von verallgemeinernden Aussagen unterstützt nur zusätzlich das Narrativ der Terrororganisation, was von dieser dann als Bestätigung der eigenen Aussagen genutzt werden kann.

3. Der „entscheidende Schlag“ – die Operation Luxor (Dr. Thomas Riegler)

Riegler berichtet aus seiner Forschung über die Operation Luxor und zeigt den Bruch der Operation mit dem vorangegangenen Muster der österreichischen Anti-Terrorpolitik auf. Darin geraten die Muslimbrüder ins Fadenkreuz und werden Ziel der Operation Luxor. Riegler sieht für diesen Richtungswechsel ein Zusammenspiel aus innen- und außenpolitischen Faktoren als wichtige Gründe.

Die österreichische Anti-Terror-Doktrin

Seit den 1970er Jahren wurden terroristischen Akteur:innen ein Anreiz geboten von Österreich als Zielland ihrer Anschläge abzusehen. Nach Anschlägen der Abu Nidal Gruppe in den 1980er Jahren, konnte mit der Gruppe durch die Ermöglichung von bestimmten Vorteilen wie Gesundheitsversorgung von Familienangehörigen in Österreich eine Übereinkunft gefunden werden. Der zweite Teil der Politik ließ legales politisches Engagement unter Einhaltung des österreichischen Gesetzes zu. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ist dabei das beste Beispiel, da dieser erlaubt wurde ein Büro in Wien zu eröffnen. Der Büroleiter erhielt 1978 diplomatische Privilegien. Somit erkannte Österreich als erster westlicher Staat die PLO an. Ebenso erwähnenswert ist die politische Dachorganisation der PKK, die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistan), welche 1995 in Wien ein Büro eröffnen durfte. Die Muslimbrüder sind bereits seit den 1960er in Österreich (in Wien und Graz) aktiv. Dabei handelte es sich vor allem um Geflüchtete vor der Politik Nassers in Ägypten. Aufgrund dessen blieb Österreich in den 1970ern und 80ern weitestgehend von terroristischen Attacken verschont.

Die innenpolitische Dimension

Die Ermittlungen gegen die Muslimbrüder starteten im Januar 2018 unter Innenminister Kickl als eine Muslimbrüder-Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Im Nachhinein wurden diese Untersuchungen als politisch motiviert eingestuft und ehemalige Mitarbeitende haben Anzeige gegen Vorgesetzte erstattet. Der offizielle Ermittlungsstart gegen die Muslimbrüder erfolgte 2019. Riegler weist darauf hin, dass bereits in den Jahren zuvor die österreichische Innenpolitik eine immer islamkritischere Einstellung eingenommen hat, durch welche diese Entwicklungen untermauert werden.

Chronologisch macht er folgenden Ablauf deutlich, beginnend mit der Skizzierung der späteren „Migrationslinie“ durch den damaligen Integrationssekretär Sebastian Kurz am 18. April 2011. Zur Sprache kommt darin der „Kampf gegen den vielzitierten politischen Islam“. 2016 plant die ÖVP ihren Wahlsieg im Projekt Ballhausplatz, wobei bereits die „Muslimbruderschafts-Studie & Salafisten-Studie (in Planung)“ Einzug findet. Im Wahlkampf 2017 wird die Studie unter dem Namen „Muslimbrotherhood in Austria“ veröffentlicht. Diese Studie wurde mit 10.000€ vom Verfassungsschutz gesponsert. 2017 findet sich dann im Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ im Kapitel Integration als eine von vier Zieldefinitionen der „Kampf gegen den politischen Islam“ wieder. Auch nach dem Regierungswechsel bleibt laut Riegler die politische Ausrichtung gleich, was sich in der 2020 gegründeten Dokumentationsstelle Politischer Islam wiederfindet. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass eine zunehmend islamkritische Position in der österreichischen Innenpolitik Einzug genommen hat.

Interessierte Dritte

Die Frage ist nun, inwiefern außenpolitische Interessen auch eine Rolle in dieser Entwicklung spielen, dabei sind vor allem die USA zu nennen. Schon seit Jahren drängen die USA zu einem härteren Kurs in Sachen Terrorismusfinanzierung, wobei kleine, in Österreich ansässige Organisationen ins Fadenkreuz geraten sind (Beispiele: TWRA, PVÖ). Unter der Amtszeit Trumps fokussiert sich die amerikanische Anti-Terror-Politik intensiv auf die Hamas. Riegler mutmaßt, dass es zu diesem Zeitpunkt auch Gespräche mit Österreich über die Zukunft der Anti-Terror-Politik gab. Die Beziehungen zu den USA waren zu diesem Zeitpunkt ziemlich angespannt aufgrund vom Ausbau des 5G-Netzes, Nord Stream 2 oder auch durch den Besuch von Putin bei der Hochzeit von Karin Kneissl.

Diese Anspannung lösten sich jedoch schnell nach dem Besuch von Kurz im Weißen Haus im Februar 2020, der erste USA-Besuch eines österreichischen Bundeskanzlers seit 2005. Im August 2020 besucht Mike Pompeo Wien, was der erste Besuch eines US-Außenministers in Österreichs seit 1998 war. Es wird also eine intensive Wien-Diplomatie in den USA betrieben und sich auf das State Partnership Program geeinigt. Dies beinhaltet Kooperationen zwischen dem Bundesheer und der Nationalgarde von Vermont, wobei Österreich der erste europäische Staat ist, der an einem solchen Projekt teilnimmt.

Die Nahostpolitik der USA könnte auch ein weiterer unterstützender Faktor für die Operation Luxor gewesen sein. 2020 wurde ein Deal zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Sudan, Bahrain sowie Marokko durch die USA eingefädelt. Diese Aktionen haben die Position der Hamas geschwächt und ihr wichtige staatliche Unterstützungen entzogen. Einer der Ermittlungsstränge der

Operation Luxor war die Terrorismusfinanzierung mit einem Fokus auf die Hamas, somit dürfen diese Entwicklungen nicht außer Acht gelassen werden. Weitere positive Faktoren waren die Verbindung zwischen Kurz und Netanyahu, sowie die gute Zusammenarbeit mit Ägypten, wo die Muslimbrüder seit 2013 als Terrororganisation verboten ist. Als weitere wichtige Komponente nennt Riegler die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), welche sich zwischen 2017 und 2021 in einem Konflikt mit Katar einerseits und mit Saudi-Arabien und Ägypten andererseits befanden. Die VAE haben dabei eine intensive Medienkampagne gegen die Muslimbrüder auch in europäischen Medien gefahren. Bei dem 2017 durchgeführten Volksbegehren „Stop Extremism“ wird auch eine mögliche Einflussnahme aus den VAE vermutet.

Der Wien-Anschlag vom 2.11.2020

Die Operation Luxor hat über ein Jahr lang ermittelt, wobei auf dem Papier sehr interessante Erkenntnisse erreicht wurden. Durch die enorme Datenlage gilt die Operation als eine der größten Polizeieinsätze seit 1945, wobei beispielsweise 21.000 Observationsstunden vorgenommen, sowie mehr als 1,2 Millionen Bilder von Zusammenkünften von verdächtigen Personen gesammelt wurden. Am 9.11.2020 wurden 60 Hausdurchsuchungen durchgeführt, wovon rund 130 Personen betroffen waren. Der Arbeitsaufwand der Ermittlungen war enorm, im Gegensatz zu den Ermittlungen, die den Wien-Attentäter betroffen haben. Er ist den Behörden nicht entgangen, die punktuellen Wahrnehmungen wurden jedoch nie zu einem Gesamtbild zusammengefügt. Mitte Oktober 2020 wurde der spätere Attentäter als „gefährlich“ eingestuft, also wenige Wochen vor dem Angriff. Normalerweise findet nach dieser Einstufung eine Gefährderansprache statt, diese wurde *„aber aufgrund der damals längst anstehenden Großoperation ‚Ramses‘ und der damit gebundenen Ressourcen auf nach dem 3. November verschoben“*¹. Die Behörden erwarteten eine Beeinträchtigung der Durchführbarkeit der Operation Luxor (vorher Ramses), aufgrund der starken Vernetzung der islamistischen Organisationen, wenn die Gefährderansprache vor der Operation stattgefunden hätte. Operation Ramses hätte eigentlich am 3.11.2020 stattfinden sollen, somit wenige Stunden nach dem Terroranschlag. Die Bezeichnung Ramses ist im Rahmen einer Pressekonferenz am 4.11.2020 gefallen und wurde dann unter neuem Namen fünf Tage später, am 9.11.2020 als Operation Luxor durchgeführt.

Reform des Verfassungsschutzes

Das Fazit der Operation Luxor ist beachtlich, beispielsweise gab es diverse Veränderungen auf der Ebene des Verfassungsschutzes, wobei dieser grundsätzlich neu aufgestellt wurde. Jedoch nicht nur

¹ Zitat aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses.

aufgrund der Organisation Luxor war eine Veränderung notwendig, auch der Fall Jan Marsalek ist an dieser Stelle zu nennen. Die größte Veränderung ist der Ersatz des BVT durch die Direktion für Staatschutz und Nachrichtendienst (DSN). Um die Aufsicht über den Verfassungsschutz zu stärken, wurde eine Kontrollkommission eingesetzt, ebenso wurden mehrere Berichte an den Ständigen Unterausschuss weitergeleitet. Auf Nachfrage erklärte Riegler, dass es sich bei der Kontrollkommission um ein internes Instrument handelt, was die Sicherheit von Whistleblowern sicherstellen soll. Die Kommission ist besetzt mit einer Reihe von weisungsfreien Personen, welche durch einen parlamentarischen Konsens Anfang 2023 eingesetzt wurden. Die Kommission ergänzt somit die operative Kontrolle durch den Rechtsschutzbeauftragten und die politische Kontrolle durch den Ständigen Unterausschuss. Bei einer Nachfrage zur Effektivität der Veränderung, warnt Riegler voreilige Schlüsse zu ziehen, er merkt aber an, dass es aktuell scheint als würde sich die Situation zum Besseren wenden.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Operation Luxor als großer Schlag gegen den so-geannten politischen Islam (aka Muslimbruderschaft) konzipiert war. Im Nachhinein hat sich dies als eine Fehlentscheidung herausgestellt, da dadurch die Gefahr, die von der salafistisch-dschihadistischen Szene ausgeht, und letztendlich in den Terroranschlag gemündet ist, unterschätzt hat. Die Ressourcenzuwendung in diesem Fall ist, laut Riegler, nur erklärbar durch eine Entscheidung auf politischer Ebene und eine mögliche Einwirkung Dritter.

In Hinblick auf die Auswirkungen der Operation Luxor aus der Sicht der Anti-Terror-Politik und Radikalisierungsprävention in Österreich, erklärt PISOIU, dass einige Errungenschaften zerstört wurden. Österreich hatte ein gutes Verhältnis zur muslimischen Community, welches durch die Operation schwer beschädigt wurde. Ein Kernaspekt der Anti-Terror-Politik ist die Zusammenarbeit mit der Community, da durch die Fragmentierung der Terrorstrukturen polizeiliche Mittel nicht mehr ausreichend sind, um mögliche Täter identifizieren zu können. Mit der Operation Luxor hat man aber muslimische, politische Aktivitäten unter dem Mantel von Extremismus kriminalisiert. Aus der Sicht der Sicherheitspolitik ist eine solche Entwicklung fatal.

Eine weitere Frage zielte ab auf die Auswirkungen der Freilassung von Nedžad Balkan, wozu Hacker diesen erst einmal als den radikalsten, salafistischen Prediger im Land vorstellte. Dieser wurde im Frühjahr 2023 aus der Haft entlassen. Aus Hackers Sicht ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abzuschätzen, ob die alten Strukturen rund um den Prediger noch existieren und ob dieser überhaupt wieder aktiv werden möchte. Falls er sich entscheidet seine Predigten wie vor der Haftzeit wieder aufzunehmen, kann er sehr gefährlich werden. Da sich aber die Propaganda-Strukturen in den letzten

Jahren stark verändert haben, muss es nicht sein, dass Balkan in der Zukunft mit einem Anschlag in Verbindung stehen wird. PISOIU fügt hinzu, dass ein Großteil der Propaganda nun im Internet stattfindet, wo Balkan, im Gegensatz zu Mirsad Omerovic weniger Einfluss hat.

In einem Kommentar zum Krieg in der Ukraine und der Sahelzone wurden die Einflüsse der Beiden auf den Jihadismus in Österreich erfragt. Hacker unterstützt die Überzeugung des Kommentators, dass nach dem Ende des Krieges in der Ukraine die Rückkehr von Personen, die aktiv das Kriegsgeschehen in der Ukraine unterstützt haben, eine Gefahr für Österreich darstellen könnte. In Bezug auf die Sahelzone ergänzt er, dass in der Online-Szene im deutsch-sprachigen Raum kein großes Interesse an dieser Region besteht und er deswegen eine weniger große Gefahr von dort ausgehend sieht.